

Dicht am finanziellen Abgrund

Kämmerer legt Haushaltsentwurf für 2013 vor – Ab 2016 könnte Kiels Eigenkapital aufgebraucht sein

Kiel. Bei Kiels Kämmerer Wolfgang Röttgers (SPD) leuchten nach eigenen Angaben gleich mehrere Lampen in Alarmrot auf: Denn nach den aktuellen Prognosen im jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf für 2013 wird die Stadt ab 2016 das Eigenkapital aufgebraucht haben – kein Geld auf dem Konto, keine Ersparnisse mehr. Die Folge: Wie bei privaten Haushalten droht der Stadt dann die Überschuldung, da sie immer mehr Kredite für die laufenden Kosten aufnehmen müsste.

Von Martina Drexler

Dass Kiel zu den armen Kommunen Schleswig-Holsteins gehört, ist eine allseits bekannte Tatsache. Doch wie sehr sich die Finanzlage verschlechtert hat, offenbart Röttgers Kommentierung: Angesichts der „unverändert dramatischen Situation“ sei er schon „extrem sorgenvoll“. Wie im jüngst verabschiedeten Nachtragsetat, der durch die Sparauflagen des Landes nötig wurde, taucht im jetzigen Entwurf ein Rekorddefizit von 77,2 Millionen Euro bei einem Gesamtvolumen von 793,5

Millionen Euro auf. Die langfristigen Schulden steigen danach auf 427,7 Millionen Euro.

Am Anfang des Jahres hatten die städtischen Finanzexperten die Haushaltslücke noch auf 62,8 Millionen Euro geschätzt. Doch das war vor dem Einbruch der Gewerbesteuern: Die Stadt erhält statt der erwarteten 115 Millionen Euro nur noch 89 Millionen Euro, da ein Großzahler aus der Bankenbranche – nach unseren Informationen die HSH Nordbank – ins Trudeln geraten war. Für 2013 sind jetzt 90 Millionen Euro veranschlagt. Er kenne keine andere Stadt

ähnlicher Größe wie Kiel, die eine solch ungesunde Struktur bei den Gewerbesteuern aufweise, klagt Röttgers: Kiel ist abhängig von einigen wenigen großen Zahlern, meist Banken und Versicherungen. Nur zehn Prozent bringen nach Angaben der Stadt 90 Prozent der gesamten Steuereinnahmen ein.

Auch andere Belastungen nahmen zu, etwa bei der Grundsicherung im Alter. Zudem muss die Stadt allein 2,4 Millionen Euro mehr für Unterkunft und Heizung wegen der seit 2012 gestiegenen Mietobergrenze und Heizkosten zahlen. Die Transferaufwendungen schlagen im nächsten Jahr mit 281,6 Millionen Euro zu Buche, 18 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Der Innenminister, der die „dauernde Leistungsfähigkeit“ der Stadt als nicht gegeben sieht, riet der Stadt, ihre Investitionsplanung zu überprüfen. Mit anderen Worten: Projekte sollten über mehrere Jahre gestreckt bzw. gleich verschoben

werden. Spar- und Konsolidierungsvorschläge liefert der Kämmerer mit Hinweis auf die für den 28. Oktober anstehende Oberbürgermeisterwahl jedoch nicht mit. Der Neue bzw. die Neue an der Verwaltungsspitze soll gemeinsam mit der Politik die Marschrichtung bestimmen, wo gekürzt werden soll und welchen Projekten eventuell das Aus droht. „Große Maßnahmen wird es nicht geben“, stellt Röttgers klar. Auf der Streichliste der Opposition und des Bundes der Steuerzahler stehen dabei ganz oben die Stadtreisbahn und der Innenstadt-Kanal, für den 450 000 Euro im kommenden Jahr in den Haushalt eingestellt sind.

Nur die Investition für das Freizeitbad scheint nicht nur politisch gesichert: Man habe vom Land „zarte Hinweise“ vernommen, dass diese als „rentierlich“ gesehen werde und damit außerhalb der vom Innenministerium festgelegten Kreditgrenze von etwa 30 Mil-

lionen Euro falle, so der Stadtrat. Ähnliche Signale erhofft sich der Dezernent für Finanzen für das Parkhaus am Zentralen Omnibus-Bahnhof. Investitionsschwerpunkte legt die Stadt nach wie vor auf den Ausbau von Schulen und Kitas: 2013 soll sich die Gesamtsumme in dem Bereich auf 23,4 Millionen Euro belaufen.

Trotz all der düsteren Zahlen sieht Röttgers auch positive Entwicklungen: Es gebe einen leichten Rückgang bei den städtischen Stellen (etwa 4400 Mitarbeiter), konnten die anfänglichen Anmeldungen der Ämter „ohne große Gegenwehr“ um die Hälfte gekappt (um sechs Millionen Euro) werden. Zudem hofft Röttgers nach wie vor auf steigende Einnahmen: So soll etwa die Einführung der umstrittenen Bettensteuer für Touristen ein Plus von etwa 800 000 Euro bringen, die Verzinsung des Eigenkapitals der städtischen Gesellschaften etwa 620 000 Euro.